

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigepreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeitspalt. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey, Druck von E. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Niemann, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

August Brey 60 Jahre alt.

Am 1. August 1924 hat August Brey sein 60. Lebensjahr vollendet. Einem schönen Brauche folgend, gibt dieses Ereignis uns Anlaß, unserem Kollegen August Brey von dieser Stelle aus unsere herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Wir erfüllen damit eine herzliche Pflicht der Dankbarkeit, der Hochachtung und Anerkennung gegen den Jubilar, der mit seinem Wirken und Schaffen so eng mit der Geschichte unserer Organisation, mit ihrem Werden und Wachstum verbunden ist, daß wir den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands von der Persönlichkeit August Breys gedanklich gar nicht trennen können. Er stand an der Wiege unseres Verbandes, er leitete und betreute ihn in seinen ersten jahren Anfängen, er warb und kämpfte für ihn unter rücksichtsloser Einseitigkeit und Hingabe seiner ganzen Persönlichkeit und Lebenskraft. Unserer Organisation galt die Arbeit seiner besten Mannesjahre, ihr dient er heute noch mit der ungebrochenen Kraft des in Kämpfen ergrauten Mannes, mit der reichen Erfahrung eines langen Lebens. Der Weg, den unsere Organisation in den 34 Jahren ihres Bestehens unter der Führung August Breys gegangen ist, zwangsläufig gehen mußte, war kein mit Rosen betreuer Blumenpfad, sondern ein steiniger, steil ansteigender Felsenweg, vorbei an unheilbrohenden Abgründen, und wenn all die Gefahren und Hindernisse, all die Lücken des Schicksals, die den Entwicklungsgang unseres Verbandes belauerten, überwunden wurden, so ist dieses nicht zum wenigsten der Führung unseres Kollegen August Brey zu verdanken.

August Brey kämpft bereits ein volles Menschenalter in den ersten Reihen des Proletariats. Schon im Jahre 1885, noch unter dem Sozialistengesetz, schloß er sich als junger Schuhmachergeselle der Sozialdemokratischen Partei an und warb für den Sozialismus, trotz der Gefahren, die in dem Bismarckschen Deutschland allen tätigen Anhängern des sozialistischen Gedankens drohte. Im Jahre 1906 wurde er von der Sozialdemokratie Hannovers in den Reichstag entsandt, dem er seitdem ununterbrochen angehört. 1890, nach der Gründung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen auf dem Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands, wurde er an die Spitze der jungen Organisation berufen. Jener hannoverscher Kollege, der bei dieser Vorsitzendenwahl sagte: Wählen wir doch den Besten unter uns, wählen wir doch August Brey, hat, wie Zeit und Erfahrung bewiesen, ein richtiges Urteil gefaßt. Was August Brey für unseren Verband geworden ist, das kann hier nur angedeutet werden. Seine Persönlichkeit, sein Lebensgang ist ein Stück Verbandsgeschichte. Heute, wo Hunderte von Angestellten im Dienste unseres Verbandes stehen, wo Tausende von Vertrauensleuten in der Organisationsarbeit mithelfen, wo ein gut eingespiltes Organisationsmechanismus vorhanden und aller Fortschritt im Organisationsleben der Erfolg vielgestaltiger Gemeinschaftsarbeit ist, tritt die Persönlichkeit des einzelnen nicht so scharf in den Vordergrund. Aber damals, in den jungen Anfängen der Organisation, da ruhte allein auf den Schultern August Breys in seiner Eigenschaft als Vorsitzender die ganze Arbeitslast. Da war er Agitator und Organisator in einer Person. Da verband er die Repräsentationspflicht auf Tagungen und Kongressen, die Schriftleitung des Verbandsorgans, die geistige und organisatorische Leitung des Verbandes mit der Tätigkeit des Zeitungsverpackens und -verfendens. Sein Arbeitseifer, seine Pflichtstreue, seine Tatkraft haben ungeheuer viel dazu beigetragen, daß der Fabrikarbeiterverband die ihm gestellte überaus schwere Aufgabe, die Vereinigung der großen Masse der ungelerten Industriearbeiter zu einer machtvollen Organisation — unbestritten der schwierigste Teil der deutschen Gewerkschaftsarbeit — durchgeführt hat.

August Brey gehört zu jenen hervorragenden Persönlichkeiten der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die mit ihrem Werk auch geistig emporwuchsen, gleichsam eine Verkörperung des Dichterwortes: Es wächst der Mensch mit seinen Zwecken. Trotz der kümmerlichen und ungenügenden Schulbildung, die ihm der Klassenstaat mitgab, trotz harter Jugendfront, trotz all der Hindernisse, die der geistigen Weiterbildung dem jungen Proletarier entgegenstanden, handhabt er das Wort, den Übermittler des Gedankens, als Meister der Rede und der Schrift. Der Name August Brey ist auch darunter, wenn in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung Männer wie Legien, Bömelburg, Suen a. als Vorkämpfer und Bannerträger genannt werden, deren Wort Geltung und Würdigung fand auf internationalen Kongressen, auf der Rednertribüne des Parlaments und im Rate der Organisationen.

Hinter dem Gewerkschaftsführer, dem Parlamentarier, dem Leiter einer der größten gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands tritt der bescheidene Mensch August Brey vollständig in den Hintergrund. Da ist er der An-

spruchsloseste unter den Anspruchslosen, der Einfachste unter den Einfachen, der Sohn des Volkes, dem alles Sich-Hervordrängen, alles Sich-Bedeutend-vorkommen fremd ist, dessen Leben sich in keiner Weise unterscheidet von dem seiner proletarischen Klassengenossen, es sei denn durch die größere Arbeitslast und Verantwortung, die er zu tragen hat.

Vereinigt euch!

Eure Aufgabe ist es, in der materiellen Welt die Existenzbedingungen weniger unsicher, weniger schwer zu gestalten; das Elend des Hungernmüssens zu bekämpfen, euren Frauen und Kindern die Beschaffung des Notwendigsten gewissermaßen sicherzustellen; denn unter allen Geschöpfen ist es allein der Mensch, dem es hieran fehlt. Und warum? Weil andere die Früchte eurer Arbeit einheimen und sich mit ihnen mästen. Doch woher kommt dies Mißverhältnis? Doch nur daher, daß ein jeder von euch, in seiner Abgeschlossenheit der Möglichkeit beraubt, ein richtiges Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit herzustellen und festzuhalten, ohne sich verteidigen zu können, der Habgier seiner Ausbeuter preisgegeben ist! Wie könnt ihr euch aber aus dieser unheilvollen Abhängigkeit befreien? Wenn ihr euch vereinigt, wenn ihr eine Gemeinschaft bildet! Was der einzelne nicht vermag, — zehn können es schon, und tausend noch viel mehr! Lamennais (1836).

Auf das Leben August Breys trifft das Wort jenes hebräischen Dichter-Philosophen zu, wenn er über den Wertinhalt des menschlichen Lebens philosophiert: „Ist das Leben schön gewesen, so ist es Mühe und Arbeit gewesen.“ Mühe und Arbeit, müßige, ideale Pflichterfüllung, ohne Rücksicht auf sein persönliches Wohlergehen im Dienste des kämpfenden, aufstrebenden Proletariats: das ist der Wertinhalt seines Lebens gewesen. Mühe es ihm noch lange vergönnt sein, in ungeschwächter Frische seine Lebensarbeit fortzusetzen zu seiner und unserer Freude, zum Nutzen des Fabrikarbeiterverbandes, der gesamten Gewerkschafts- und sozialistischen Arbeiterbewegung. G. R.

Der Kampf um die Verteilung der Lasten.

Die Vertrauensmänner des internationalen Kapitals haben die Zahlungsfähigkeit der durch Krieg und Inflation geschwächten deutschen Wirtschaft abgeschätzt. Sie haben festgestellt, wie hoch der Tribut im Höchstkalle sein darf, um den Schuldner nicht ganz dem Verderben anheimfallen zu lassen, um ihn als Käufer und Verbraucher von ausländischen Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Luxuswaren, als Zinszahler des angelfischischen Kapitals, lebensfähig zu erhalten. Die Annahme des Sachverständigenrats und noch mehr seine Durchführung sind Lasten von ungeheurer weltpolitischer, weltwirtschaftlicher und innenpolitischer Tragweite. Weltpolitisch und weltwirtschaftlich bedeutet seine Durchführung die zwangsläufige Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in die Oberhoheitsrechte des anglo-amerikanischen Kapitals. Für die Innenpolitik und das Wirtschaftsleben Deutschlands bedeutet sie einen harten Kampf zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse über das Problem der Verteilung der schweren Lasten, die nach dem Sachverständigenrat der deutschen Wirtschaft auferlegt werden sollen.

Der Kampf um die Verteilung der Lasten wird in den nächsten Jahren das soziale, wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands beherrschen. Er ist jetzt schon im vollen Gange. Die Klassenkampfororganisationen des Unternehmertums haben ihre Pläne schon längst fertiggestellt und arbeiten eifrig an deren Durchführung. Nach ihrer Absicht soll die Last nicht den wirtschaftlich starken Schultern, nicht dem Besitz anverlegt werden, sondern die wirtschaftlich Schwachen, die Besitzlosen, sollen sie tragen. Der Vorstoß des Unternehmertums gegen den Achtstundentag, sein Versuch, die Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit zu steigern und durch die Herabdrückung der Löhne zu verbilligen, sind Teile dieser Abwägungspläne. Das Vorgehen der Kapitalisten findet ihre tatkräftige Unterstützung durch die Regierung, die sich des Namens eines Ausschusses zur Vertretung der Kapitalisteninteressen voll und ganz würdig erweist. Sie bewies dieses durch die Arbeitszeiterordnung, durch die vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedssprüche, durch den Abbau des Arbeitnehmerschutzes, durch die strikte Weigerung ihrer Ver-

treter auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, die Ratifikation der Washingtoner Beschlüsse in Aussicht zu stellen.

Doch damit nicht genug. Die Regierung geht noch weiter. Sie sieht nicht nur ihre Aufgabe in der Unterstützung der Unternehmer zur systematischen Herabdrückung der Löhne und der Verlängerung der Arbeitszeit, in dem Abbau des Arbeitnehmerschutzes, sondern darüber hinaus will sie die Lebenshaltung der breiten Masse durch Zölle und indirekte Steuern verteuern zum Vorteil des Besitzes. Sie hat vor wenigen Tagen einen Gesetzentwurf veröffentlicht, nach dem die seit dem 4. August 1914 aufgehobenen Zölle auf Getreide, Kartoffeln, Vieh, Fleisch und Schweinespek wieder eingeführt werden sollen. Sie begründet diesen Gesetzentwurf mit der wirtschaftlichen Not der Landwirtschaft:

Während die Großhandelspreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sich auf etwa 85% der Vorkriegshöhe bewegen, betragen sie für die wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel etwa 115% der Vorkriegshöhe. Für hundert Einheiten landwirtschaftlicher Erzeugnisse kann man heute nur noch 75 Einheiten landwirtschaftlicher Betriebsmittel kaufen. Wenn nicht sofort durchgreifende Maßnahmen gegen die drohende Entwertung namentlich des Getreidebaues, getroffen werden, muß bereits für die Herbstbestellung 1924 und damit für die Ernte 1925 mit einer starken Verminderung der Anbauflächen gerechnet werden.

Die Regierung gibt zu, daß die Einführung von Getreide- und Fleischzöllen eine wirtschaftliche Belastung der Verbraucher bringt. Sie bestreitet allerdings, daß der Zoll in seiner ganzen Höhe von den Verbrauchern getragen wird. Ein Teil des Zolles würde die ausländischen Verkäufer belassen, eine Ansicht, die auch von bürgerlichen Sachverständigen bestritten wird. Sollte der Entwurf Gesetz werden, so bedeutet dieses eine sehr starke Verteuerung der Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse. Nach der „Frankf. Zeitung“ werden wir im neuen Erntejahr mit einem starken Rückgang der Ernteerträge zu rechnen haben. Die europäischen Getreideernten werden in diesem Jahre ganz bedeutend gegenüber dem Vorjahre zurückbleiben. Von den außereuropäischen wird die Ernte in Kanada um 2 bis 3 Millionen Tonnen, die Weizenernte in den Vereinigten Staaten allein um 1 Million Tonnen niedriger sein, und auch bei der indischen Weizenernte ist eine starke Abnahme des Ertrages gegenüber dem Vorjahre zu erwarten, so daß eine starke Verknappung der Weltgetreidemengen eintreten wird.

Welche Wirkungen die Einführung der Getreidezölle auf die deutschen Getreidepreise haben werden, darüber schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

Die Wiedereinführung des Malz-Tarifes von 1902 bedeutet einen Weizenzoll von 5,50 Mark, einen Roggenzoll von 5 Mark, Haferzoll von 5 Mark, Braugerstenzoll von 4 Mark und Futtergerstenzoll von 2,80 Mark, wenn man die sogenannten Vertragszölle zugrunde legt. Für Getreide, und nur für dieses hat der Malz-Tarif bekanntlich Doppeltzölle, von denen der sogenannte autonome bei Weizen 7,50 Mark, bei den übrigen Getreidearten 7 Mark betrug. Es ist bezweifelnd, daß die agrarische Presse den Vertragszoll schon heute für völlig ungenügend erklärt, obgleich er schon 1902 mit Recht als zu hoch bekämpft wurde. Seine Wirkung auf den Preis würde heute geradezu ungeheuerlich sein, denn die Angleichung an den Weltmarktpreis, die die allgemeinen Verhältnisse in den nächsten Monaten besonders dann bringen werden, wenn die Ausfuhrsperrre für Getreide fällt — und diese wird nicht aufrecht zu erhalten sein — würde durch den Zoll noch beschleunigt werden und es würde dann wahrscheinlich der Fall eintreten, daß sich z. B. der jetzige Weizenpreis binnen kürzester Frist etwa verdoppelt.

Die Ausfuhrsperrre für Getreide ist bereits am 12. Juli gefallen. Sie bewußt und mit größter Eile geht die deutsche Regierung vor, um die deutschen Getreidepreise und damit auch den Brotpreis des deutschen Arbeiters in die Höhe zu treiben. Seit den wenigen Tagen, in denen die Frage der Aushebung der Ausfuhrsperrre in die öffentliche Diskussion getreten ist, zeigt sich eine außerordentlich starke Preissteigerung des Getreides. An der Berliner Getreidebörse kosteten 1000 Kilogramm in Goldmark:

	Weizen	Roggen	Gerste
am 8. 7. 1924	188—143	125—133	127—135
am 17. 7. 1924	173—180	142—148	160—170

Diese Preissteigerungen in den wenigen Tagen zeigen an, welche Wirkungen die Getreidezölle haben werden.

In den Besprechungen, die von den Spitzen der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler und der Regierung über die künftige Verteilung der Steuern und Lasten vor einigen Tagen geführt wurden, erklärte der Reichsfinanzminister Luther mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, daß man den Traum einer weiteren stärkeren Belastung des Besitzes fahren lassen müsse. Damit ist gesagt: Die Regierung hat die Absicht, die Steuern und Lasten, die sich aus der Annahme des Sachverständigenrats ergeben, auf die breite Masse der Arbeiterklasse abzuwälzen. Aus dieser Stellungnahme erwächst der Arbeiterklasse die unabwendbare Pflicht, sich gegen diese einseitige Belastung, die den Besitz schon und alles auf

die Schultern der Besitzlosen, der wirtschaftlich Schwachen packt, zu wehren. Bestehen die Regierung und das Unternehmertum auf die Durchführung ihrer Pläne, durch Zölle und indirekte Steuern — die ungerechteste Methode der Besteuerung — die Lasten aufzubringen, so treten wir in einen Zeitabschnitt schwerer sozialer und wirtschaftlicher Kämpfe, die den ganzen Gesellschaftsbau schwer erschüttern. Die Arbeiterklasse kann eine weitere Herabdrückung ihrer Lebenshaltung nicht ertragen.

G. R.

Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse.

Von Professor Dr. Julius Hirsch.

II.

2. Annahme oder Ablehnung?

Hätte Deutschland die Wahl zwischen vorläufigen Lösungen, wie sie Rathenau zunächst für kürzere Frist vereinbart hatte, und dem Plan der Sachverständigen, so würde man sehr wahrscheinlich heute gern die Rathenau-Lösungen wählen. Die Wahl steht aber gar nicht mehr Dawes oder Rathenau, sondern Dawes oder Ricum-System. Und nachdem dieses unglückselige, der Entente nicht sehr viel einbringende, Deutschland aber in unerträglicher Weise belastende System einmal da ist, ist für jeden vernünftigen Urteilenden eine Ablehnung des Dawes-Gutachtens ganz ausgeschlossen. Seine Voraussetzung ist zum mindesten die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, und auf absehbare Zeit hofft es Deutschland als Ganzes nicht mehr, sondern weniger als dieses Drucksystem unter der Ruhrbesetzung, das anherdem Deutschland wirtschaftlich zerspalten. Für die deutsche Arbeitnehmerschaft im besonderen ist aber offensichtlich, daß sie schon jetzt unter dem Ricum-System in unerträglicher Weise leidet, weil die Unternehmer der Reparationsprovinzen auf sie und ihren Lohn diese Last wälzend mit abgewälzt haben und weiter abwälzen versuchen, und weil sie trotzdem wegen dieser Lasten überhöhte Preise nehmen müssen, die Arbeiter also auch als Verbraucher dadurch bei den wichtigsten Rohstoffen, insbesondere bei der Kohle, schwerstens geschädigt werden. Das Ricum-System erzwingt neben anderen Umständen zu hohen Warenpreisen in Deutschland, diese drücken die Existenzsicherheit und machen unsere Handelsbilanz passiv, erhöht damit die Nachfrage nach Devisen, was sich bedrohlich das Ricum-System, je länger desto mehr, die deutsche Währungsmitteilung mit neuer Erschütterung. Daß aber von einer neuen Inflation die Arbeiterschaft am schwersten getroffen werden würde, das hat Grafmann vor dem Sachverständigen-Komitee so eindringlich dargelegt, daß dieses die Ausführungen in der ganzen Welt verbreitet hat. Das Sachverständigen-Gutachten abzulehnen, bedeutet nicht die nationale Politik, aber jedenfalls nicht verfassungsmäßig und erst recht nicht nationale Politik. Es anzunehmen, bedeutet darum noch lange nicht den Verzicht auf die lebenswichtige Erringung einer besseren Lösung, die durchsichtiger möglich erscheint. Die Last steht nun fest. Das andere Ziel muß sein, solche Formen zu finden, die sie möglichst verträglich und leicht abzurufen, das innere aber die Lasten nicht wieder einseitig auf die Lebenshaltung der weiten Masse abzuwälzen, wie es die bisherige Politik der Inflation in so unendlich leidvoller und bitterer Weise getan hat.

3. Wirkungen der Annahme des Gutachtens.

Alle Voraussicht nach wird die Annahme des Gutachtens schon recht bald gegenüber der heutigen Lage wesentliche Verbesserungen in der deutschen Wirtschaft zur Folge haben, wenn auch diese Verbesserungen nicht das von manchen erträumte Ausmaß erreichen, nicht einmal dasjenige, das eine geordnete Fortführung der Politik Rathenau zur Folge gehabt hätte. Insbesondere wird die Ein- und Durchführung einer solchen Goldwährung gegenüber der jetzigen Wechselwährung eine weit größere Erleichterung der neuen Inflation bedeuten und damit der gesamten Wirtschaft erst wieder den Boden für eine gesunde dauerhafte Weiterentwicklung geben. Darüber hinaus darf aber nach einer gewissen Übergangszeit eine wesentliche Besserung der Wirtschaft deswegen erwartet werden, weil zunächst die Ricum-Lasten wegsallen. Damit auch die Zolltarife in dem besprochen Gebiet, die Besteuerung der Zölle und Abgaben und die Verrechnungsarbeiten. In Umfang nächsten Jahres kommt eine weitere bedeutendere Besserung unserer Situation, die wir der Arbeitnehmerschaft auf der Konferenz von Genau, insbesondere

derjenigen von Rathenau, verdanken. Bisher waren wir auf dem Weltmarkt nicht gleichberechtigt. Die sogenannte einseitige Reichsbankpolitik des Versailles-Vertrages bedeutete, daß wir allen Entente-Staaten jeglichen Vorteil bei Ein- und Ausfuhr einräumen mußten, während die anderen uns gegenüber keinerlei Vorteile gewährten. Deswegen bekamen wir für unsere Ausfuhr, wie wir in Cannes berechnet haben, 20-25 Prozent weniger, als der wirkliche Wert war, das ist im Jahre beinahe 1 Milliarde Goldmark, den wir dann größtenteils voraussichtlich mehr hereinholen können, oder fast 4 Prozent unseres Volkseinkommens.

Doch sei auch hier, bevor gewarnt, diese günstigen Wirkungen zu schnell zu erwarten. Trotz der Annahme des Dawes-Gutachtens müssen wir durch eine scharfe Verteilungskrise hindurch, weil in der unglückseligen Inflationszeit unsere Industrie- und Handelswirtschaft sich vollkommen falsch organisiert hat. Wir haben viel zu viel Betriebe in Handel und Bankwesen und viel zu viel und zu rückständige Betriebe in unserer Industrie. Eben deswegen sind wir, während unsere landwirtschaftlichen Preise unter dem Weltmarkt liegen, unsere Löhne noch recht beträchtlich darunter bleiben, mit unseren industriellen Preisen darüber, und diese viel zu vielen in der Wirtschaft kann nur eine Krise befeitigen. (Der badische Lebensmittelhandel hat zwar weniger Ware als im Frieden aber fälschlich so viel Großhändler gehabt. Die wollen alle von den Warenpreisen mitleben und sind doch zu vier Fünfteln mindestens überflüssig.)

Deutschland im allgemeinen, die deutschen Arbeitnehmer im besonderen, haben allen Anlaß, weitgehende Verbesserungen auch am Dawes-System zu erstreben und eine zielbewußte Politik darauf einzusetzen. Die hauptsächlichsten Bedenken gegenüber dem Dawes-Gutachten liegen in vier Punkten:

1. Die Belastung des deutschen Volkes wird zunächst bedeutend schwerer als der Dawes-Bericht annimmt.

2. Der Plan enthält eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit, indem er schon Teile der deutschen Schuld kapitalisiert, d. h. Teile des deutschen Volkseinkommens vorweg verkaufen will, ohne daß überhaupt gesagt ist, woviel denn die Last beträgt, also welche Teile des deutschen Volkseinkommens überhaupt geordert werden.

3. Recht beträchtliche Gefahren liegen darin, daß die Eisenbahnen nicht mehr nach den Interessen der deutschen Wirtschaft allein festgelegt werden, und vor allem auch, daß die deutsche Zinspolitik nicht mehr in unserer eigenen Hand, sondern im Interesse der Transaktion in fremde Hand geht. Darin liegt aber eine recht beträchtliche Gefahr für das künftige Lohnniveau.

4. Die Verteilung der Lasten, die der Bericht vornimmt, ist zunächst einmal zweifelhaft ungerecht und trifft unvernünftigerweise schwer die Arbeiterschaft in ihrer Eigenschaft als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher.

Wir wollen diese Mängel unterfragen, um daraus die wirtschaftlichen Richtlinien zu finden, nach denen Umgestaltung und Ausbau unseres Reparationsplans unter allgemeinen Gesichtspunkten so wohl wie insbesondere unter denjenigen der Arbeiterschaft sich zu entwickeln ergeben.

Die Last ist schwerer als angenommen. Es galt bei manchen Sachverständigen" des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stets als patriotische Pflicht, die deutsche Wirtschaft als verfallenes passiv darzustellen, also als eine solche, die mehr verzehrt als sie erzeugt. Insbesondere wurde der Stillstandtag als die Ursache dieser immer weiter gehenden Verelendung der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Daß diese ganze Denkweise der Wirklichkeit nicht entspricht, ist in meiner Schrift "Die deutsche Währungsfrage" eingehend dargelegt. Auf das Ausland aber haben derartige plebiszitäre Behauptungen genau gegenteilig gewirkt. Auf Grund der kühnen Klagen über Verelendung der Wirtschaft erwartete man in Deutschland heruntergewirtschaftete Eisenbahnen, zerfallene Fabriken, vielleicht sogar unterernährte Unternehmer zu finden. Statt dessen sah man ausgebaute Fabriken, ein ganz leidlich wieder hergestelltes Eigentumsverhältnis und bis vor kurzem eine verhältnismäßig große Zahl neuer Unternehmer und keine Zusammenbrüche. Daraus und auch auf Grund einzelner Mißerfolge in dem Sachverständigen vorgelegten Material sind diese nun zu einem genau umgekehrten Schluß gekommen, nämlich, daß die deutsche Wirtschaft sich schnell wieder hergestellt habe, daß die deutschen Eisenbahnen in bestem Zustand seien als die der Entente-Staaten selber, und daß also die Wirtschaftskraft Deutschlands unverhältnismäßig viel größer sein müsse, als irgend jemand es bisher gesagt hat. Zwar sehen auch die Sachverständigen, daß das Ricum-System uns ungeheuer schädigt, aber sie halten es für eine vorübergehende Folge der Kreditnot, was in Wirklichkeit eine weitgehende Falschorganisation unserer Wirtschaft entspricht. Es liegt Anlaß zu der Vermutung vor, daß sie zwar das jetzige Volkseinkommen ziemlich

niedrig einschätzen, aber der Meinung sind, daß die deutsche Wirtschaft sehr schnell wieder aufsteigen und daß sie nach etwa vier Jahren in Höhe (allerdings einschließlich der Goldwertung) beinahe das gleiche Volkseinkommen wieder erreicht haben werde, das sie vor Kriegsausbruch auch gehabt hat, trotz der Abtretung der Nahrungsprovinzen und trotz der Abtretung der Bergwerke im Saargebiet und in Oberschlesien und trotz des Verlustes der lothringischen Erzfelder. Leider haben unsere Ministerien an fast sämtlichem Material dieses vorgelegt, das jeden Nationalökonom auf starke Steigerung der produktiven Volkskraft schließen läßt, nämlich: Mittelungen über verhältnismäßig schnelles Wiederaufwachen unseres Volkes. Von 1918 bis Anfang 1923 ist die Volkszahl von 39 1/2 Millionen wieder auf beinahe 64 Millionen gestiegen. Überraschendes Anwachsen der Erwerbstätigen: 30 Millionen hatten wir 1907, es mußten nach den Abtretungen 27 1/2 sein, ausgemittelt haben wir aber 33 Millionen. Bei steigender Volkszahl sinkende Ausfuhr an Lebensmitteln und doch nicht erhöhte Sterblichkeit, starken Wiederaufbau im Eisenbahnbau und sogar Aberhöhung der wirtschaftlichen Leistungen der Bahnen im nächsten Jahr — in den Angaben unserer eigenen Verwaltung — aus alledem machen sich Nationalökonom von dem Range eines Dawes, Stamp und ihrer Mitarbeiter ihren eigenen Vers. Nicht genügend betont wurde aber offenbar, daß das starke Anwachsen unserer Erwerbstätigen teilweise eben doch eine Folge der Verarmung von Volk und Wirtschaft gegenüber 1914 ist, daß der Wiederaufbau unserer Eisenbahnen produktive Erwerbslosen für große Stellen war, also gar nicht in dem vermuteten Maße Bereicherung, und daß in alledem obendrein noch ziemlich viel Täuschung liegt, weil in unserer Wirtschaft viel zu viel Arbeitskraft in viel zu vielen Handels- und Bankgeschäften ganz unproduktive Arbeit tut. Daraus ergibt sich folgende Schlußfolgerung: Das Dawes-Komitee berechnet die normalen Ausgaben für Reich, Staat und Gemeinden ansehnlich auf etwa 6 Milliarden Goldmark, die heutigen für Reparationen auf 2 1/2 Milliarden Goldmark. Das heutige deutsche Volkseinkommen würde ihm mit 25 Milliarden angegeben, dasjenige vor dem Kriege war etwas über 40 Milliarden. Vom heutigen Volkseinkommen, so sind die Sachverständigen überzeugt, können die Deutschen überhaupt keine Reparationen zahlen, von demjenigen in vier Jahren aber 2 1/2 Milliarden. Demnach gilt die folgende Rechnung: Die Belastung nach dem Dawes-Bericht beträgt bei einem Volkseinkommen von

25 Milliarden Goldmark 34 Prozent (heutige Annahme),
Zwischenjahren 30 Milliarden Goldmark 28 Prozent,
Zwischenjahren 35 Milliarden Goldmark 23 Prozent,
Normaljahr 1923/24 40 Milliarden Goldmark 21 Prozent (Annahme des Dawes-Komitees).

Da die normale Steuerbelastung des Volkseinkommens ausgemacht haben mag, so wäre in der Tat der jetzige Vorschlag, der insgesamt einschließlich Reparationen etwas über 20 Prozent bringt, nicht übermäßig — wenn eben dieses Volkseinkommen erreicht werden könnte. Aber auch wenn man die jetzige Entwertung des Goldes und die daraus hervorgehende internationale Preissteigerung als zunächst einmal dauernd zugrunde legen wollte, so wird deswegen voraussichtlich die Last schwerer werden, weil eben die Steigerung unseres Volkseinkommens erst durch eine schwere Krise hindurch und dann sehr wahrscheinlich viel langsamer erfolgen wird, als es dem Dawes-Komitee erschienen ist. Um so größer wird das Interesse an der Verteilung der Last, sowohl in zeitlicher Hinsicht, wie bezüglich der Quellen, aus denen die deutsche Volkswirtschaft die Mittel erschließen soll.

Hätte Deutschland, wie Frankreich 1870, Gold genug im Lande, um die Kriegsschuld abzutragen, so würde beiden Seiten am besten gebüht sein: Deutschland würde sich mit einem Aufschub seiner Last durch Selbstzahlung entledigen, die Entente würde ihre eigenen Staatsschulden, Denkmäler usw. mit diesem Golde abtragen oder finanzieren. Weil davon nie die Rede sein konnte, wurde die Schuld zunächst als eine Hypothek betrachtet, also als etwas, wovon man zuerst nur die Zinsen bezahlt, das Kapital entweder aus einer sehr langfristigen Amortisation oder aber durch Veräußerung des Anspruchs an Dritte wieder flüssig macht, das letztere wäre die Privatisierung der Kriegsschuld. Das hat die Entente bereits im Jahre 1921 versucht, als sie für die 132 Milliarden des Londoner Ultimatus sogenannte "Goldbons" ausstellte. Weil aber die Leistung von Zins und Tilgung durch Deutschland ganz unsicher war, waren diese Bons nicht unterzubringen. Das Dawes-Komitee geht einen anderen Weg: Es übergibt der Reparationskommission 11 Milliarden deutsche Eisenbahn-Obligationen und 5 Milliarden Industrie-Obligationen, zusammen 16 Milliarden Goldmark. Diese können vorweg verkauft werden. Aber die Endsumme der Schuld ist nicht festgesetzt. Von den Summen des Normaljahres bedeuten die Obligationen nicht ganz 40 Prozent. Demnach wäre der Gesamtbeitrag der

Der Ton.

I.

Schon aus der frühesten Geschichte ist uns bekannt, daß aus Toniegel und anderer keramischer Gegenstände hergestellt wurden. Als Rohstoff wurde der Ton von den Menschen in jener Zeit schon so hoch gehalten, wie heute von uns, obwohl ihnen nicht alle Eigenschaften des Tonens bekannt waren. Man ist im Laufe der letzten Jahrtausende von den Eigenschaften alles unterrichtet. Bei dieser Arbeit ist auch der Ton nicht vergessen. Auch er ist aus den verschiedensten Gegenden des Reiches in die chemischen Laboratorien gebracht und dort eingehend untersucht worden. Heute werden fast alle Töne, die je bekannt sind, untersucht, unterteilt, auf chemisch-physikalische Zusammensetzung und technische Eigenschaften hin untersucht und klassifiziert, denn Töne sind ein wichtiger Bestandteil der Keramik, denn Töne sind ein wichtiger Bestandteil der Keramik, denn Töne sind ein wichtiger Bestandteil der Keramik.

Über die Geschichte des Tonens herrscht keine Meinungsverschiedenheit mehr. Der Ton ist entstanden durch Verwitterung von Gesteinen. Wasser, Kälte, Frost und Wärme haben bei diesem Prozesse ihren Einfluß im Laufe der Jahrtausende ausgeübt. Ton findet wir fast überall. Im Norden, Osten, Süden und Westen des Reiches. Aus diesen Gründen ist auch die Industrie, welche den Ton als Rohstoff verarbeitet, überall entwickelt. Die meisten Tonwerke liegen nicht weit von ihren Erfindungsorten, sondern sie haben im Laufe der Jahrtausende eine weitverbreitete Bedeutung erlangt, aber es gibt Ton, welcher noch auf kleinen Erfindungsorten zu finden ist.

Das ist in der Regel sehr reiner Ton. Dieser wird heute gewinnlos und findet als Rohstoff in allerorten seine Verwendung in der Porzellanindustrie. Porzellan wird also aus dem reinen Ton hergestellt. Der Ton ist jedoch auch ein wichtiger Bestandteil der Keramik, denn Töne sind ein wichtiger Bestandteil der Keramik, denn Töne sind ein wichtiger Bestandteil der Keramik.

Die verschiedenen Töne sind durch Wasser oder andere Bewegungen, die im Laufe der Jahrtausende stattgefunden haben, von ihrem Entstehungsort vertrieben, sie haben sich also Ostwärtsbewegung durchgemacht. Auf diese Bewegung ist es auch zurückzuführen, daß sie allenthalben frisches Material zu sich bringen. Der Tonman nennt diese Töne Lehmton oder Lehm. Die Farbe dieser Töne ist meist gelblich. Es finden wir gelbe, braune, schwarze oder auch braune Töne. Die meisten haben aber eine graue Farbe. Der Ton dient seiner Farbe gewinnlos, einmal bei Leuten, die andere Mittel beim Brennen. Der Ton kann man auf folgende sechs Gruppen einteilen: 1. Kaolin, 2. feinstes Ton, 3. Steingut, 4. Steingut, 5. Töpferstein, 6. Töpferstein.

II.

Die wichtigste Eigenschaft des Tones ist, daß er plastisch ist, d. h. wenn er mit Wasser vermischt wird, bildet sich ein Teig, welcher sich formen läßt. Je plastischer der Ton ist, desto besser und einseitiger ist er. Außerdem besitzt der Ton eine hohe Zähigkeit. Die Tonmasse stellt sich auf kleineren Abständen zusammen. Wenn der Ton in Verbindung mit Wasser kommt, nehmen diese Mischungen das Wasser auf. Ton kann bis zu sechzig Prozent Wasser enthalten, ohne zu krepfen, aber er nimmt auch andere Erbstoffe in sich auf, Farbe, Gas und Öl. In festem Zustand stellt sich der Ton klebrig an, in trockenem erdig. Wir unterscheiden festen und weichen Ton. Der feste Ton besitzt eine hohe Plastizität, die gemahlene Masse stellt sich weich und festig an. Beim Reiben in der Hand glättet sie sich, klebt am feuchten Finger fest und läßt sich leicht lösen. Der weiche Ton bindet gut ab. Die weichen Töne besitzen diese Eigenschaften nur in geringem Maße. Sie sind auch plastisch, aber diese Eigenschaft ist bei ihnen weniger ausgeprägt. Dem festen Ton kann man eine Menge unplastischer Materialien beimischen, ohne daß er seine Gestaltungs- und Verarbeitbarkeit verliert. Das Zusetzen von diesem oder jenem Material muß natürlich in einem bestimmten Verhältnis zur Tonmenge gemacht werden. Der weiche Ton verliert durch die Beimischung von unplastischem Material bald die Eigenschaften des Tonens. Wird ihm fester Ton beigemischt, so wird seine Plastizität und Zähigkeit selbstverständlich erhöht.

Bei der technischen Verwendung des Tonens spielt neben den bisher besprochenen Eigenschaften auch noch eine bedeutende Rolle die Zugfestigkeit des Tonens. Auch hier ist der feste Ton dem weichen überlegen. Je größer die Zugfestigkeit des Tonens, desto mehr reine Tonsubstanz enthält die Masse. Bei einer geringen Zugfestigkeit enthält die Masse viele erdige Bestandteile. Das weiche Tonmaterial verstanden wird, drückt der Volksmund sehr treffend aus, indem er zwischen hartem und weichem Ton unterscheidet.

Der Ton kann nicht immer so verwendet werden, wie er gewonnen wird. Je nach seiner technischen Bestimmung wird er mit anderen Materialien vermischt. Dem Ton wird unplastisches Material beigemischt. Dieses unplastische Material sind Magermittel und Splittmittel. Der feste Ton läßt sich leicht bearbeiten. Man kann im Fabrikationsprozeß besser gestalten zu können, wird man eine bestimmte Menge von anderen Materialien beigemischt. Aber das Vermischen von Magermitteln hat auch gleichzeitig den Zweck, das Wasser, welches im Tone enthalten ist, in sich aufzunehmen. Dadurch wird ermöglicht, daß das fertiggestellte Produkt besser aushält, denn wenn der Ton zu fett ist und der geronnene oder geröhrte Gegenstand wird getrocknet, so krepfen er bekanntlich nur an der Oberfläche, es bildet sich eine Kruste, welche das vollständige Verarbeiten des Wassers, das in dem getrockneten oder getrockneten Gegenstand enthalten ist, verhindert. Als Magermittel werden verwendet Schamot, Quarz, Sand, Kohle, Torf und Sägespäne. Die Splittmittel interessieren uns zunächst hier nicht, da sie in engem Zusammenhang mit der Glasur stehen, wovon später einmal die Rede sein wird.

Nicht für alle Fabrikationszweige der Tonindustrie ist die Zubereitung des Tonens eine so einfache, wie bei der Herstellung

des gewöhnlichen Mauersteines. Eine ganze Anzahl von Tönen werden, ehe sie im Fabrikationsprozeß verwendet werden, sorgfältig aufbereitet. Die einfachste Form der Aufbereitung ist wohl, wie wir alle wissen, das sogenannte Überwintern des Tonens. Man spricht auch von einem Reagen oder Faulen des Tonens.

Zur Herstellung besserer Tonwaren und des Porzellans ist eine sorgfältige Aufbereitung des Tonens erforderlich. In diesen Industriezweigen wendet man das Schlemmverfahren an. Die technischen Anlagen für dieses Verfahren sind verschieden. Der feste Ton läßt sich schlecht schlemmen. Durch das Schlemmen des Tonens wird erreicht, daß die reine Tonsubstanz von allen fremden Beimischungen frei wird. Die beste Aufbereitung des Tonens wird erreicht durch die Anwendung des elektroosmotischen Verfahrens. Aber auch bei diesem Verfahren ist eine Aufschlammung des Tonens erforderlich. Der Ton, welcher, das Magermittel, der Kollergang und die Rührmaschine sind die wichtigsten Maschinen, die bei der Aufbereitung des Tonens Verwendung finden.

Die Gewinnung des Tonens geschieht in den meisten kleineren und mittleren Betrieben mit Spaten und Hacke im Großbetrieb mit dem Bagger. Vielfach wird auch das Sprengverfahren angewandt. Ein Abbau des Tonens im Untertagebau kommt weniger vor. Bei der maschinellen Gewinnung des Tonens sind die Unfallgefahren nicht so groß wie bei der Ausschachtung mit Spaten und Hacke. Das gefährliche Unterhöhlen der Tonwände wird leider noch recht oft angewandt. 12 Proz. aller Unfälle, die bei der Ziegelfabrikation vorkommen, ereignen sich bei der Gewinnung des Tonens.

Im Fabrikationsprozeß macht der Ton drei verschiedene Operationen durch. 1. Die Zubereitung des Rohmaterials und seine Formgebung, 2. das Trocknen, 3. das Brennen. W. Scheinhardt.

Der Jugend ins Stammbuch.

Die Jungen:
Wir bitten dich, Alter, um deinen Rat,
Wie man's im Leben zu halten hat.

Der Alte:
Was euch nicht schmeichelt,
Wollt ihr nicht hören,
Was euch nicht kommt,
Will ich nicht lehren.
Es ist am besten,
Euch nicht zu hören.

Die Jungen:
Wir bitten dennoch, zeige uns an,
Wie man das Ziel erreichen kann.

Der Alte:
Am wohlsten:
Sich begeistern in Liebe und Haß,
Sich begeistern ohne Glas und Faß,
Der Worte wenig, der Arbeit viel,
Das läßt uns Ziel.
Peter Rosegger in „Heimgärtner's Tagebuch“.

deutschen Schuld auf 40 Milliarden Goldmark veranschlagt und würde bei Tilgungsraten von 1 o. S. jährlich in etwa 36 Jahren gestilgt sein. Das ist aber nirgendswo ausdrücklich gesagt, und so besteht allerdings die Gefahr, daß bei irgendeinem Umschwung der Meinungen nur Teile des deutschen Volksvermögens abzurufen sind, aber die Gesamtschuld selber gar nicht endgültig festgelegt ist. Das erschwert aber wieder außerordentlich die Kapitalisierung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerjahre, zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland, weil es verfrüht, möglich dann die Räumung der besetzten Gebiete verlagern und auch mit einer äusseren Anstrengung sich wieder freier Bahn für seine ganze Wirtschaft schaffen kann. Nicht zum mindesten auch Freiheit in seiner ganzen Wirtschaftspolitik, die bis dahin nicht mehr allein von ihm, sondern eben von den Kommissaren seiner Gläubiger mit bestimmt wird. Man beachte doch dies: Als man in Cannes von Rathenau verlangte, daß der deutschen Reichsbank ein ausländischer „technischer Berater“ beigegeben würde, da lehnte dieser Erfüllungspolitik ein solches Ansuchen als Beeinträchtigung der deutschen Souveränität ab. Jetzt müssen wir eine größere Zahl solcher „Berater“ annehmen, und jetzt hat es der Reichsverband der Deutschen Industrie ohne Beschränkung die deutschen Arbeitnehmer haben aber jetzt ein besonderes Interesse daran, daß die Reparationen bald vom privaten Kapitalmarkt übernommen und nur mehr in eine einfache Schuld verwandelt werden, deren Zinsen nicht mehr durch besondere Garantien, sondern durch die allgemeine staatliche Finanzpolitik aufgebracht werden; denn vorläufig sieht das Sachverständigen-Büro für die Reparationslast vor allen Dingen sich vor der Belastung des Verbrauchs vor und es enthält eine indirekte nicht geringere Gefahr, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter durch die Zinspolitik, die von der Entente mitbestimmt wird, tiefer gehalten wird. Und obendrein: Ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft hält eine Ausbreitung der Gemeinwirtschaft für dringend erwünscht. Die Verwandlung der Eisenbahn in eine Privatgesellschaft und ihre Belastung mit privaten Obligationen liegt sicherlich nicht in dieser Richtung, und die Verpflichtung der einzelnen privaten Unternehmungen zur Obligationenschuld gegenüber der Entente begünstigt dergleichen auch nicht. Auch das muß einmal deutlich gesagt werden.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Phosphornekrose in Deutschland?

Bei der Herstellung und Verarbeitung des weißen oder des gelben Phosphors werden die Arbeiter durch entweichende Phosphordämpfe gefährdet. Durch die fortgesetzte Einatmung der Dämpfe erkranken die inneren Organe des menschlichen Körpers. Die gefährlichste Art der Phosphorerkrankungen ist jedoch die Phosphornekrose, wobei die Zähne und Kieferknochen zerfallen werden. Die Phosphornekrose war die spezifische Erkrankung der Arbeiter in den Phosphor-Zündholzfabriken. Durch das gesetzliche Verbot der Verarbeitung weißen Phosphors ist die Phosphornekrose in der Zündholzindustrie verschwunden. Aber ganz beseitigt ist sie in Deutschland noch nicht, wenn auch in der Öffentlichkeit selten etwas davon bekannt wird.

Selbst Wissenschaftler halten die Phosphornekrose in Deutschland für überwunden. So schreibt Dr. Koib in seinem „Kompendium der Gewerbekrankheiten“ (zweite Auflage 1909), daß es in Deutschland Fabriken zur Herstellung von weißem Phosphor aus Knochen seit 1860 nicht mehr gibt. In der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt am Main wird weißer Phosphor aus Mineralien mittels Starkstrom ausgedehnt und aus diesem der amorphe Phosphor für sämtliche Zwecke der Fabrik dargestellt. Fälle von Phosphornekrose sind mit bisher nicht bekannt geworden.

Dr. Teleky schreibt im „Handbuch für Arbeiterkrankheiten“ (1907), daß bei der Erzeugung des Phosphors selbst diese Erkrankung früher vereinzelt zur Beobachtung gelangt ist. In Deutschland bestehe kein derartiger Betrieb.

Teleky irrt, denn Griesheim-Elektron stellt Phosphor her, und aus der Angabe Koib's, daß Phosphornekrose-Fälle ihm nicht bekannt geworden sind, darf nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, daß diese Krankheit in Deutschland überwunden ist.

Als unser verstorbener Kollege Schneider in seinem Buche „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“ zwei Fälle schwerer Phosphornekrose erwähnte, die sich im Jahre 1910 in einer größeren chemischen Fabrik Mitteldeutschlands ereignet haben, wurden diese Angaben angezweifelt, da die Gewerbeaufsichtsberichte davon nichts enthielten. Diese beiden Fälle sind aber verbürgt und das Material kann jetzt noch nachgeprüft werden.

Ob im Betrieb Frankfurt am Main der Firma Griesheim-Elektron heute noch Phosphor hergestellt wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber in ihrem Betrieb in Bitterfeld erzeugt die Firma Phosphor. In diesem Betrieb ereigneten sich auch die beiden schweren Erkrankungen im Jahre 1910. Dem einen Arbeiter mußte der Oberkiefer, dem anderen der Unterkiefer operativ entfernt werden. Daß diese schweren Fälle der Gewerbeaufsicht nicht bekannt geworden sind, ist uns unerklärlich. Aber auch von späteren Phosphornekrosefällen hat die Gewerbeaufsicht erst Kenntnis erhalten, als unserem Verbande die Tatsachen schon bekannt waren. In den Jahren 1917/19 sind in derselben Fabrik vier Fälle von Phosphornekrose bekannt geworden. Auch darunter befinden sich schwere Fälle mit operativem Eingriff. Erst im Jahresbericht 1922 der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten sind diese Fälle auf Seite 184 erwähnt.

Aber auch Arbeiter in anderen Fabriken sind durch Phosphornekrose gefährdet. Im Jahresbericht 1921 erwähnt der Gewerbeinspektor aus Erfurt, daß ein Arbeiter in einem Munitionszweigbetrieb von Phosphornekrose befallen ist. Beim Ausbrennen von Geschossen mit Phosphorantischörpern scheint sich, nach Ansicht des Gewerbeinspektors, ein Teil des roten Phosphors der Unterkörper wieder in weißen Phosphor umgesetzt zu haben, und der erkrankte Arbeiter hat entweder die Phosphordämpfe eingeatmet oder auf andere Weise Phosphorteile in den Mund gebracht. Erst nach längerer ärztlicher Behandlung konnte die richtige Diagnose gestellt werden. Das ist nicht verwunderlich, denn die Phosphornekrose äußert sich zuerst in Zahnschmerzen und die behandelnden Ärzte denken schwerlich an Phosphornekrose, wenn ein Arbeiter

aus einer Munitionszweigbetriebsanstalt über Zahnschmerzen klagt. Der Fall beweist aber auch, daß Phosphornekrose in Betrieben auftreten kann, wo weder die Betriebsleitung noch die Arbeiterschaft daran denken.

In neuerer Zeit befaßt sich eine weitere Firma in Deutschland mit der Herstellung von Phosphor. Die nötigen Vorsichtsmaßregeln sind in diesem Betrieb getroffen; die Arbeiter werden einer dauernden ärztlichen Kontrolle unterstellt, so daß etwaige Phosphorerkrankungen in frühestem Stadium erkannt und die betreffenden Arbeiter rechtzeitig von den gefährlichen Einflüssen befreit werden können. Aber auch die Arbeiter müssen bemerkt sein, durch peinliche Sauberkeit ihre Gesundheit zu erhalten.

Vor allem dürfen Arbeiter mit kranken Zähnen nicht in Phosphorbetrieben beschäftigt werden. Die Untersuchung muß sich dauernd auf den Zahnbefund erstrecken. Zahn-erkrankte müssen sofort aus dem Betrieb entfernt oder defekte Zähne plombiert werden, damit Phosphor in die Knochenwunden nicht eindringen kann. Sobald die Arbeiter am Kieferfleisch Schmerzen verspüren, die von einer Geschwulst oder Entzündung herrühren, müssen sie den Arzt aufsuchen, denn bei Phosphorarbeiten kann jede Zahnfleischentzündung der Anfang einer schweren Phosphornekrose sein. Wenn diese Fingersperre beachtet werden, kann der Gefahr in Phosphorbetrieben vorgebeugt werden.

Papier-Industrie

Du sollst nicht . . . !

Als Christus die Händler aus dem Tempel jagte, da kannte er den Begriff „Geschäftskniff“ sicherlich noch nicht, sonst würde er sicher den zehn Geboten des mosaischen Sittengesetzes noch ein elftes hinzugefügt haben mit dem Wortlaut: „Du sollst nicht durch Geschäftskniffe deine Mitmenschen schädigen oder sie hinter das Licht führen!“ Von den modernen Industrierichtern und Lohnsklavenhaltern wird dieses ungeschriebene Gebot zur Täuschung ihrer Mitbürger so oft verletzt, so daß seine Übertretung zu den „guten Sitten eines ehrbaren Kaufmanns- und Industriellenstandes“ gehört.

Die Industriekapitäne scheuen sich auch nicht, „Geschäftskniffe“ anzuwenden, um selbst die Behörden, die sie, wenn es ihnen in den Kram paßt, als die geheiligtsten Instanzen der kapitalistischen Weltordnung preisen, hinter das Licht zu führen. Mit einem „Geschäftskniff“ hat sicherlich auch die Direktion der Papierfabrik Weltende jongliert, als sie sich die Genehmigung des Demobilisierungskommissars zur Stilllegung ihres Betriebes wegen der Unrentabilität zu ergattern mußte. Obwohl die Arbeiterschaft den Entscheidungen und Handlungen der Demobilisierungsbehörden in der letzten Zeit recht skeptisch gegenübersteht und sie auch oftmals das Kopfschütteln mancher materiell nicht beteiligter Arbeitgeberkreise erregt haben, so nehmen wir doch zur Ehre des in Frage kommenden Demobilisierungskommissars an, daß ihm die wirklichen Gründe nicht bekannt waren, welche die Direktion der Papierfabrik Weltende veranlaßten, ihren Antrag auf Betriebsstilllegung zu stellen. Wären jene wirklichen Gründe dem Demobilisierungskommissar wirklich bekannt gewesen, so würde seine Zustimmung zur Betriebsstilllegung der Papierfabrik Weltende nicht nur ungeschicklich, sondern auch unverantwortlich sein.

Wir behaupten deshalb, daß die Direktion der Papierfabrik Weltende die Betriebsstilllegung nicht wegen der angeblichen Unrentabilität des Werkes beantragte, sondern lediglich, um durch die Betriebsstilllegung ihre Arbeiterschaft zur Annahme der zehn- und zwölfstündigen Arbeitszeit gezwungen zu machen. Geschäftskniffe und Hungerperücke sollten dazu herhalten, um das erstrebte Ziel zu erreichen. Selbst vor einem Tarifbruch wurde nicht zurückgeschreckt.

Behauptungen verlangen Beweise. Diese Beweise hat die Firma durch ihre Handlungen selbst geliefert. Am 27. Juni wurde der Betriebsrat zu einer Sitzung mit der Direktion berufen. Im Beisein der Organisationsvertretung der Arbeitnehmer wurde dem Betriebsrat bzw. der Arbeiterschaft folgendes Ultimatum gestellt:

1. Unmittelbarer Abbau des Dreischichtensystems derart, daß derselbe bis 15. September 1924 beendet ist, beginnend bei den Abteilungen, welche der notwendigen Einschränkung des Betriebes während der Sommermonate zunächst unterworfen sind.
2. Der Abbau der freierwerbenden Arbeitnehmer erfolgt in erster Linie nach Maßgabe der Erfordernisse des Betriebes an geschulten Arbeitskräften, in zweiter Linie können die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitnehmer berücksichtigt werden.
3. Anerkennung der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 und des Schiedsspruches über die Regelung der Arbeitszeit in der Papiererzeugungs-Industrie vom 5. März 1924 derart, daß die 61. Wochenstunde als erste Überstunde zu bezahlen ist.
4. Wiedereinstellung notwendiger Frauen mit zehnständiger Arbeitszeit, unabhängig von der Beschäftigung der zugehörigen Männer.

Bei bedingungsloser Annahme dieser Unternehmerforderung sollte das Arbeitsverhältnis nach Ablauf der Kündigungsfrist und nach Beendigung der vierwöchigen, durch den Demobilisierungskommissar genehmigten Sperrfrist fortgesetzt werden können. Die Belegschaft, der die Forderungen der Direktion zur Abstimmung unterbreitet wurden, lehnte sie mit 205 Stimmen ab. Nur 10 Arbeitnehmer stimmten dafür. Nachdem die Direktion von dem Ergebnis der Abstimmung Kenntnis erhalten hatte, schritt sie als Gegenmaßnahme zur Stilllegung des Betriebes.

Die oben unter Punkt 2 aufgestellten Forderungen der Firma sind geradezu widersinnig. Zunächst bedarf es keiner Anerkennung der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, da dieselbe mit gesetzlicher Wirkung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes von dem christlichen Sozialpolitiker und Reichsarbeitsminister Dr. Bruns rechtskräftig erlassen wurde. Die Anerkennung des Schiedsspruches über die Regelung der Arbeitszeit in der Papiererzeugungs-Industrie

vom 5. März 1924 ist gleichfalls überflüssig, da durch denselben Reichsarbeitsminister infolge der Verbindlichkeitsklärung vom 14. März 1924 dieser Schiedsspruch der Arbeiterschaft diktorisch aufgezwungen wurde. Nachdem durch die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsspruch Rechtskraft erlangt hat für die Arbeitnehmer, deren Arbeitgeber dem Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie angehören und dieser Schiedsspruch die Bestimmung enthält, daß bis zu 60 Wochenstunden Überstundenzuschläge nicht bezahlt werden, ist die Forderung der Firma, daß die 61. Wochenstunde als erste Überstunde zu bezahlen ist, überflüssig, und sie kann nur als Unsinn angesehen werden. Zweifelloso bezweckte aber die Firma mit ihrer überflüssigen Aneignungsformulierung dieser Bestimmungen etwas anderes. Sie wollte dadurch einem Schiedsspruch des Sonderarbeitsamts aus dem Wege gehen, obwohl die Firma genau weiß, daß nach dem für allgemeinverbindlich erklärten Schiedsspruch das Sonderarbeitsamt zur Entscheidung anzurufen ist, wenn über die Frage der Arbeitszeitverlängerung mit Betriebs- und Organisationsvertretung keine Einigung erzielt werden konnte. Dieser Anrufung des Sonderarbeitsamts ist die Firma dadurch aus dem Wege gegangen, daß sie ohne wirtschaftliche Notwendigkeiten einfach rückwärtslos den Betrieb stilllegte, allerdings geklärt auf die Zustimmung des Demobilisierungskommissars. Wir möchten deshalb dem Herrn Demobilisierungskommissar dringend empfehlen, das Verhalten der Firma etwas genauer unter die Lupe zu nehmen und der Arbeiterschaft zu ihrem Rechte zu verhelfen mit der Wirkung, daß die von der Firma erteilte Genehmigung zur Stilllegung des Betriebes wieder aufgehoben resp. durch den Herrn Regierungspräsidenten für ungültig erklärt wird. Dem Arbeitgeberverband aber möchten wir gleichfalls raten, seinen Mitgliedern klarzumachen, daß eine solche Handlungsweise tariflich nicht zu rechtfertigen ist und daß der Begriff Tariffreie nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Arbeitgeber Gültigkeit besitzt. Gerade die Herren Arbeitgeber, die für sich in Anspruch nehmen, auf einer höheren Bildungsstufe als ihre Arbeiter zu stehen, sollten des Grundsatzes eingedenk sein: „Böse Beispiele verderben gute Sitten.“

Die Papierproduktion Deutschlands.

Nach amtlichen Ermittlungen wurde im Jahre 1922 die Friedensproduktion des Jahres 1913 fast vollkommen erreicht, ein Beweis dafür, daß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in der deutschen Papierindustrie keine Produktionsminderung zur Folge hatte. Auf der diesjährigen Papiermachertagung in Stuttgart teilte der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Papierfabrikanten mit, daß die Papierproduktion im Jahre 1923 etwa 75% der Erzeugung der Vorkriegszeit betrug.

Dieser Produktionsrückgang dürfte in erster Linie auf die Ruhrbesetzung und die dadurch bedingte fast vollständige Stilllegung der Betriebe im besetzten Gebiet und infolge Kohlenmangels und anderen aus dem Ruhrabenteurer hervorgehenden wirtschaftlichen Ursachen erfolgten Produktionsrückgängen im unbesetzten Gebiet zurückzuführen sein. Diese Tatsache wurde von kompetenten Papierfabrikanten auch bereits angegeben.

Interessant ist weiterhin die in Stuttgart getroffene Feststellung, daß auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Jahre 1912 noch 22 Kilogramm im Jahre 1923 dagegen nur noch 12 Kilogramm entfielen. Die Papiermenge pro Kopf der Bevölkerung ist demnach seit 1912 um 10 Kilogramm zurückgegangen. Nicht mit Unrecht wurde vor dem Kriege die Menge des Papierverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung als Maßstab für die Kulturhöhe des deutschen Volkes angenommen. Dieser Maßstab für das Jahr 1923 zugrunde gelegt, bedeutet für das deutsche Volk einen gewaltigen Kulturrückschritt. Wenn dieser Kulturrückschritt auch nicht für sämtliche deutsche Volksgenossen angenommen werden kann, so trifft er doch sicher für die Papierindustriellen zu, die durch ihre ständigen Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau, Abbau der sozialen Gesetzgebung usw. beschäftigen, ihre Arbeiterschaft auf den Kulturstand der amerikanischen Kulis herabzudrücken.

Von weiterem Interesse ist auch die in Stuttgart gemachte Feststellung des Geschäftsführers im Verein Deutscher Papierfabrikanten, daß, um die Jahresproduktion von 1923 in einem Eisenbahntag zu verladen, 79 000 Wagen erforderlich sein würden, die, aneinander gereiht, einen Zug in der Länge von 790 Kilometern ergeben würden, was ungefähr einer Eisenbahnstrecke von Ober-Sachsen bis Hamburg entspräche.

Die in Stuttgart veröffentlichten Zahlen für das Jahr 1923 beweisen erneut, daß die deutsche Papierarbeiterschaft in bezug auf die Produktionsförderung ihre Pflicht voll und ganz erfüllt hat. Demgegenüber geben die reaktionären Vorschläge der Papierindustriellen auf die weiterverordneten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rechte der Arbeiterschaft treffende Belege dafür, daß bei diesen Herrschaften die Sorge um den eigenen Geldsack größer ist als der Wille zur Förderung des Wohlergehens ihrer Arbeiter und deren Familien.

Industrie der Steine und Erden

Die Aussperrung der Gipsarbeiter in Stadtsoldendorf.

Die Aussperrung der Gipsarbeiter in Stadtsoldendorf ist nach dreiwöchigem Kampfe erledigt. Die Arbeitgeber konnten ihre an die Arbeiterschaft gestellte Forderung, die Arbeit zu 33 Pf. pro Stunde wieder aufzunehmen, nicht durchsetzen. Der Stundenlohn ist um 1 1/2 Pf. erhöht. Die Aussperrung sollte in anderer Linie dazu beitragen, andere Organisationen im dortigen Gebiet zu vernichten. Die Arbeitgeber werden nun wohl einsehen, daß ihr Kampf ein Kampf gegen Windmühlenspiegel ist. Unsere Organisation ist aus diesem Kampfe nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgegangen.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die „Kollektivverträge“ in Russland.

Nahe Leute werden zu oft dapiert, wenn sie von Roskau, von der „mächtigen Gewerkschaftsbewegung“ (5 Millionen Mitglieder), von den wackerhaften Arbeitsschreibern, von den Kollektivverträgen hören. Ja, und das nicht Dinge, für die wir alle seit Jahrzehnten kämpfen? Wozu denn der Chaptajnow in bezug auf kommunistische Gewerkschaftsarbeit?

Folgende Schilderung der Art und Weise, wie Kollektivverträge in Russland zustande kommen, wird vielleicht zur Klarheit beitragen: Leningrad. Am 25. Juni fand auf der Fabrik ehemals Siemens ein Schiedsgericht eine allgemeine Betriebsabstimmung statt, um den von der Gewerkschaft eingehenden Entwurf eines neuen Kollektivvertrages zu prüfen. Das gewöhnliche Bild solcher Verhandlungen ist bekannt: Es erheben sich ein oder zwei Kommunisten, es wird eine vorher aufgearbeitete Resolution verlesen, die begründet — — — — — „Aha, der Vorlesende fragt: „Ist jemand dagegen?“ — und die ganze Komödie ist erledigt. Diesmal freilich entwickelte sich die Sache etwas anders. Ganz wider Erwarten erhob sich ein partei-

